

Das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) öffnet Fracking die Tore

Der BUND sieht die Fracking-Technik als Risiko für Mensch und Umwelt

Mit Fracking wird die Gewinnung von Schiefergas bezeichnet. Hierbei werden Sand und Chemikalien in tieferliegende Gesteinsschichten gepresst. Die eingesetzten Chemikalien können zu einer Verunreinigung des Trinkwassers führen, die Bohrungen können Erdbeben auslösen und die Entsorgung des verunreinigten Abwassers stellt oftmals eine unüberwindbare Hürde dar. In Europa ist diese Methode sehr umstritten, einige Länder haben Fracking gesetzlich verboten.

Das geplante Freihandelsabkommen (TTIP) dürfte ein Fracking-Förderungsabkommen werden. Für Exporte von Fracking-Gas in Staaten, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen haben, ist keine Genehmigung erforderlich. Somit würde



TTIP den Fracking-Gas-Export in die EU freigeben. Das würde zu höheren Gaspreisen in den USA führen, die Fracking in noch weiteren Teilen des Landes attraktiv machen könnten.

Auch für Fracking in der EU könnte TTIP ein Türöffner werden. Die strengeren Chemikalienregelungen des europäischen Rechts machen Fracking

in Europa sehr schwierig, aber mit TTIP sind genau diese Regelungen unter Druck. Bereits bei den bislang betriebenen Ausbeutungsvorgängen kritisiert der BUND, dass mit Stoffen und Stoffgemischen gefrackt wird, die nicht bei der europäischen Chemikalienagentur registriert und bewertet sind, von denen es also keine genauen Kenntnisse über Gefahren und Risiken für Mensch und Umwelt gibt. Durch TTIP könnte dieses Vorgehen erlaubt und für die Zukunft abgesichert werden.

Die Investorenklagemöglichkeiten würden es zudem US-amerikanischen Gaskonzernen ermöglichen, gegen Verschärfungen von Auflagen, Moratorien oder Verbote von Fracking vorzugehen.

Dr. Helmut Hermann, Weilheim

Regierung plant Fracking-Gesetz

Ziel ist eine rasche Umsetzung – aber Auswirkungen sind „noch nicht hinreichend geklärt“

Berlin – Viele Staaten sehen wegen der aktuellen Krise das Gas-Fracking als Alternative zu russischem Erdgas. In Deutschland fehlen bislang klare gesetzliche Vorgaben für diese unkonventionelle Gas-Förderung aus tiefen Gesteinsschichten. Jetzt will die Große Koalition in dieser Sache zügig vorankommen.

Wie aus einem Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hervorgeht, plant die »GroKo« gesetzliche Rahmenbedingungen für das umstrittene Fracking – noch vor der Sommerpause.

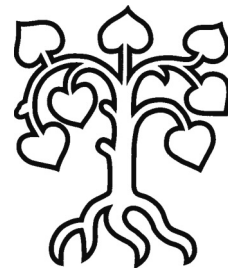
Im Koalitionsvertrag von Union und SPD hieß es wegen der zahlreichen Widerstände, dass es erst dann eine Fracking-Erlaubnis geben solle, wenn diese ohne Einsatz giftiger und umweltgefährdender Stoffe möglich ist. Ob dies nun geplant ist, geht aus dem Schreiben Gabriels nicht hervor. Auf Nachfrage teilte das Ministerium aber mit: „Der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit hat absoluten Vorrang. Daher wird auch der Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie abgelehnt.“

Die Grünen bezweifeln dies. „Laut dem Schreiben von Gabriel soll Fracking in Zukunft auf 86 Prozent der Landesfläche erlaubt werden, damit handelt es sich um ein Fracking-Ermöglichungsgesetz“, sagte Fraktionsvize Oliver Krischer.

In den USA hat das Verfahren zu einem Boom dieser unkonventionellen Förderung geführt.

Auch in Deutschland gibt es Vorkommen in Schieferformationen, Kohleflözen und dichten Sandsteinformationen. Studien gehen davon aus, dass der deutsche Gasbedarf mit den Vorkommen über zehn Jahre lang gedeckt werden könnte. Allerdings gelten 14 Prozent der Fläche als Wasserschutzgebiete, somit ist das Förderpotenzial weit geringer.

In Bayern und anderen Regionen fürchteten sie zudem um die Reinheit des Brauwassers. Im Koalitionsvertrag heißt es wörtlich: „Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt.“ Der Einsatz umwelttoxischer Substanzen zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten werde abgelehnt. *Quelle: dpa*



**Bund Naturschutz
Kreisgruppe WM-SOG**
Hofstraße 6, 82362 Weilheim
Tel.: 0881/2995
Fax: 0881/927 83 45

email:
bn.weilheim@t-online.de
www.weilheim-schongau.bund-naturschutz.de



Freitag, 11. Juli 2014

14:00 Uhr

Exkursion

**»Blütenpracht
Magerrasen«**

Treffpunkt:
Parkplatz Hirschberg-Alm
an der B2 bei Pähl

Korbacher Resolution der Bürgerinitiativen gegen Fracking

Am 4. und 5. Mai 2013 haben sich in Korbach die unten aufgeführten Anti-Fracking-Initiativen aus Deutschland zur stärkeren Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch getroffen.

Folgende Forderungen richten wir an Bund, Länder und die Europäische Union:

- ➔ Ein sofortiges ausnahmsloses Verbot sämtlicher Formen von Fracking bei der Erforschung, Aufsuchung und Gewinnung fossiler Energieträger. Dies ist unabhängig davon, ob die Rissbildung mit oder ohne den Einsatz giftiger Chemikalien, hydraulisch oder andersartig erzeugt wird.
- ➔ Ein generelles Import- und Handelsverbot von »gefrackten« fossilen Energieträgern.
- ➔ Ein generelles Verbot der Verpressung des Rückflusses oder der untertägigen Ablagerung von Fluiden und Lagerstättenwässer.
- ➔ Eine Novellierung des Bergrechts. Die höchsten Umweltstandards und Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit haben im Fokus der Novellierung zu stehen.
- ➔ Ein konsequentes Umsetzen der politisch beschlossenen Energiewende, d.h. Abkehr von fossilen Brennstoffen, Ausbau der erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz.

Bitte unterstützen Sie diese Petition!

Drensteinfurt, 09.05.2013 – **noch aktiv bis zum 8. Juli 2014!**

www.openpetition.de/petition/online/korbacher-erklaerung-der-buergerinitiativen-gegen-fracking-deutschland